**Ausschreibung zum Bund-Länder-Programm „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“**

**Ausschreibung zum Bund-Länder-Programm „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“**

**Ausbau und Sanierung hessischer Sportstätten durch die Förderung von kommunalen Maßnahmen. Investitionen in die Gesundheit und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der sozialen Integration aller Bürgerinnen und Bürger.**

1. **Programmschwerpunkte**

Sport dient nicht nur der Gesundheit- und der Bewegungsförderung, sondern ermöglicht auch die Begegnung von Menschen mit unterschiedlichem gesellschaftlichen, kulturellen, sozialen oder religiösen Hintergründen. Sport unterstützt in seiner vielfältigen Wirkung die Integration und Inklusion und stärkt so den Gemeinschaftssinn und das Miteinander vor Ort.

Aus diesen Gründen hat sich das Land Hessen gemeinsam mit dem Bund vorgenommen, die hessischen Städte und Gemeinde dabei zu unterstützen, ausreichend verfügbare Sportstätten, die zeitgemäße Anforderungen an die Ausstattung und Barrierefreiheit erfüllen, für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Als Baustein der Daseinsvorsorge sind attraktive Sportstätten ein wichtiger Aspekt für eine positive städtebauliche Entwicklung.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erhöhen den finanziellen Druck auf die Kommunen. Als Beitrag zur Sicherung des Wohlstands und der Beschäftigung in der Bevölkerung hat der Bund im Programmjahr 2021 seinen Anteil im Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten auf 75 Prozent festgesetzt. Hierdurch können wichtige städtebauliche Impulsmaßnahmen umgesetzt werden und die Kommunen erhalten in der Corona-Pandemie eine dringend benötigte Unterstützung ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit. Mit Investitionen in zukunftsfähige Sportstätten erhalten die hessischen Städte und Gemeinden eine Verbesserung ihre kommunale Infrastruktur.

Der Investitionspakt ergänzt die Städtebauförderung von Bund und Land und leistet einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige und moderne Entwicklung von Städten und Gemeinden. Hierbei werden insbesondere die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes berücksichtigt.

Die Ziele des Investitionspaktes Sportstätten sind:

* Schaffung von Orten zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Integration aller Bevölkerungsgruppen,
* Förderung der Gesundheit und Bewegung der Bevölkerung.

**Förderfähig sind:**

* Bauliche Sanierung und der Ausbau von Sportstätten
* Bauliche Sanierung und der Ausbau von typischen baulichen Bestandteilen und zweckdienliche Folgeeinrichtungen von Sportstätten
* Ersatzneubau im Falle der Unwirtschaftlichkeit der Sanierung oder Erweiterung
* Neubauten in begründeten Ausnahmefällen in Sanierungs- und Untersuchungsgebieten, insbesondere, wenn in wachsenden Kommunen oder verdichteten Räumen erforderliche Sportstätten fehlen
1. **Antragsberechtigte**

Antragsberechtigt sind ausschließlich hessische Städte und Gemeinden sowie kommunale Zweckverbände oder Planungsverbände nach § 205 Abs. 4 BauGB. In geeigneten Fällen sind auch weitere kommunale Kooperationsformen zulässig, in denen eine kommunale Körperschaft bestimmte Aufgaben zugleich für die übrigen Beteiligten erfüllt oder besorgt, insbesondere eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach § 24 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Antragstellungen sind ab dem Zeitpunkt des Projektaufrufs möglich.

1. **Fördergebiete und förderfähige Maßnahmen**

**In folgenden Gebieten können Projekte gefördert werden:**

* In Gebieten, die in die Programme der Städtebauförderung von Bund und Ländern aufgenommen und noch nicht abgerechnet sind.
* In städtebaulichen Voruntersuchungsgebieten zur Vorbereitung der Aufnahme in ein Programm der Städtebauförderung.
* In besonderen Fällen auch außerhalb des Städtebaufördergebietes oder des Untersuchungsgebietes, wenn die Sportstätte zur Erreichung der mit dem Investitionspakt verfolgten Ziele dient (beispielsweise, wenn eine formale Gebietsausweisung aufgrund der geographischen Lage der Sportstätte unverhältnismäßig wäre).

Die Einrichtung muss den Zielsetzungen der integrierten städtebaulichen Planung entsprechen.

**Förderkatalog:**

* **Sanierung, Modernisierung und Ausbau von Einrichtungen** einschließlich der erforderlichen Planungsleistung.
* **Ersatzneubau** im Falle der Unwirtschaftlichkeit. Diese wird angenommen, wenn Kosten der Sanierung die Kosten eines vergleichbaren Neubaus überschreiten.
* **Neubau**, sofern der Neubau a) in einem Städtebauförderungsgebiet oder einem Voruntersuchungsgebiet liegt und b) nachweislich notwendige Einrichtungen im Sinne dieses Investitionspakts fehlen.
* Bei einem Ersatzneubau und Neubau sind zudem hierfür **erforderliche Ordnungsmaßnahmen** zuwendungsfähig. Zudem sind investitionsvorbereitende Planungskosten (Objektplanung) förderfähig.
1. **Integrierte Programmumsetzung**

Die zu fördernde Sportstätte muss sich in einem integrierten Ansatz der Kommune wiederfinden und zu einer nachhaltigen Entwicklung des Quartiers beitragen. Daher ist als Grundlage für die Umsetzung von Projekten ein von der Stadt erstelltes oder fortzuschreibendes integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK), eine entsprechende Voruntersuchung oder ein vergleichbares städtisches Rahmenkonzept erforderlich, in denen auch konzeptionelle Aussagen zu den Sportstätten getroffen werden.

1. **Förderzeitraum**

Der Förderzeitraum ergibt sich aus dem Zuwendungsbescheid.

1. **Einsatz von Fördermitteln / Weitergabe der Fördermittel an Dritte**

Die Zuwendungsempfängerinnen oder die Zuwendungsempfänger können die Fördermittel zusammen mit ihrem Eigenanteil an Dritte, die Träger der sportlichen Infrastruktur sind, weiterleiten. Die Weitergabe erfolgt auf Grund einer schriftlichen Vereinbarung. Die Dritten haben die für den Einsatz der Fördermittel geltende Richtlinie und die Vergabevorschriften, die beihilferechtlichen Regelungen der Europäischen Union sowie die Auflagen und Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides, in denen die Zweckbindung, der Umfang der Leistung und die Höhe der Förderung geregelt werden, zu beachten.

Soweit weitergegebene Fördermittel bis zu 100.000 Euro betragen, haben Dritte, die kein öffentlicher Auftraggeber sind, mindestens drei Vergleichsangebote von fachkundigen und leistungsfähigen Bietern anzufordern.

1. **Förderquote**

Die Zuwendung wird als Zuschuss aus Mitteln des Bundes und des Landes auf dem Wege der Anteilsfinanzierung gewährt. Die Höhe des staatlichen Förderanteils (Förderquote) beträgt
90 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben.

1. **Verfahren**

**Anträge auf Programmaufnahme im Jahr 2021 sind in Papierform (zweifach) und als digitale Fassung bis zum 10. Mai 2021 vollständig ausgefüllt jeweils unter der folgenden Adresse einzureichen:**

**Hessisches Ministerium für Wirtschaft,**

**Energie, Verkehr und Wohnen**

**Referat Städtebau und Städtebauförderung**

Kaiser-Friedrich-Ring 75 65185 Wiesbaden

Herr Marco Ulrich

E-Mail: marco.ulrich@wirtschaft.hessen.de

Für die Bewerbung sind die vorgegebenen **Antragsformulare** zu verwenden. Diese stehen unter [www.nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de](http://www.nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de) zum Abruf bereit.

Sollten von einer Kommune mehrere Projekte beantragt werden, sind diese in separaten Anträgen darzustellen. Ebenfalls wird dann um Priorisierung der Projekte gebeten.

Die **Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank)** ist mit der finanziellen Abwicklung, den baufachlichen Prüfungen und den Prüfungen der Zwischen- und Verwendungsnachweise betraut.

1. **Weitere Informationen (Richtlinie)**

Fördergrundlage bildet die Richtlinie zum Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“. Die Richtlinie kann auf den Internetseiten des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen unter „Stadtentwicklung“ sowie auf der Internetseite [www.nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de](http://www.nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de) abgerufen werden.

1. **Ansprechpartner**

**Hessisches Ministerium für Wirtschaft,**

**Energie, Verkehr und Wohnen**

**Referat Städtebau und Städtebauförderung**

Kaiser-Friedrich-Ring 75

65185 Wiesbaden

Herr Marco Ulrich

Tel. 0611 / 815-2439

E-Mail: marco.ulrich@wirtschaft.hessen.de